

5 1/2 Jahre sozialdemokratische Regierung in Dänemark

Autor(en): **Andersen, Alsing**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **14 (1934-1935)**

Heft 4

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-332086>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Stellung der politischen Parteien zu den Krisenfragen hat dem Volke gezeigt, daß nur die Arbeiterpartei diese Fragen ernst nimmt und wirksame Maßregeln vorschlägt. Wenn die Partei bei den Gemeindewahlen soeben einen solch großen Sieg errungen hat, ist die Ursache darin zu suchen, daß unsere Krisenbekämpfungsvorschläge sich allgemeiner Sympathien erfreuen.

Der Kampf gegen den Faschismus.

Eine faschistische oder nazistische Gefahr besteht selbstverständlich auch in Norwegen. Aber wie in den Ländern mit relativ reiner »arischer« Bevölkerung, fällt es hier den Nazisten sehr schwer, Fortschritte zu machen. Die Arbeiterpartei hat keine speziell anti-nazistische Politik betrieben, sondern diese ihrem allgemeinen politischen Kampf eingegliedert. In der Tat sind die Nazisten dazu gezwungen, mit einem verwässerten Abguß unserer Vorschläge vor die Wähler zu treten und ihre Anklagen gegen die bürgerliche Gesellschaft sind nur ein unartikulierte Echo unserer Angriffe gegen dieselbe Gesellschaftsordnung. Ihre wirklich originalen Beiträge in den politischen und wirtschaftlichen Diskussionen sind äußerst verwirrt. Sie haben daher nur geringen Anklang gefunden und spielen zur Zeit keine politische Rolle von Bedeutung.

5^{1/2} Jahre sozialdemokratische Regierung in Dänemark

Von **A l s i n g A n d e r s e n**,

Vorsitzender der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

Das zweite Ministerium Stauning, eine Koalitionsregierung, welche aus drei Radikalen und acht Sozialdemokraten besteht, mit dem Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei, Th. Stauning, an der Spitze, ist nun fünfeinhalb Jahre im Amte, nämlich seit dem 30. April 1929.

Ein Jahr nach dem Antritt der Regierung begann die Weltkrise auch in Dänemark fühlbar zu werden. Sie traf in erster Linie den Hauptexportzweig unseres Landes, die Landwirtschaft, sehr hart — teils durch den katastrophalen Preisfall für landwirtschaftliche Erzeugnisse auf dem Weltmarkt, teils durch die Einschränkung des Exports, welche durch die Kontingentierung und andere importregulierende Maßnahmen in den Ländern hervorgerufen wurden, die die Hauptabnehmer der dänischen Landwirtschaftsprodukte waren, in erster Linie England und Deutschland. Die Krise verbreitete sich schnell über alle Erwerbszweige. Die Arbeitslosigkeit stieg gewaltig, sowohl in den Städten als auch auf dem Lande. Beim Jahreswechsel 1932/33 war die Arbeitslosigkeit auf 43,5 Prozent, also beinahe auf die Hälfte der Arbeiterschaft, gestiegen. Es gab etwa 200,000 Arbeitslose.

Es ist von besonderem Interesse, festzustellen, daß unsere Regierung gerade an dem genannten Zeitpunkt, nämlich im November 1932,

von den Wählern ein Vertrauensvotum bekam. Die Oppositionsparteien, die die Mehrheit im Oberhaus (Landsting) haben, beschworen einen Konflikt über die gesamte Wirtschaftspolitik der Regierung herauf. Da nicht ohne weiteres Neuwahlen zum Landsting ausgeschrieben werden können, appellierte die Regierung durch Auflösung des Folkethings (Deputiertenkammer) und Ausschreibung von Neuwahlen an die Wähler. Das Ergebnis war eine Niederlage für die größte Oppositionspartei und ein großer Fortschritt für die Sozialdemokratie, die nun 42,7 Prozent der abgegebenen Stimmen gegen 41,8 Prozent bei der Wahl 1929 bekam. *Trotz dreieinhalb Jahren Regierungsverantwortung unter sehr schwierigen Verhältnissen gaben die Wähler der Sozialdemokratie mit vergrößerter Stärke ein erneutes Mandat zur Fortsetzung der Regierung.*

Wie sind nun die Hauptlinien der Politik gewesen, die der Sozialdemokratie im dänischen Volk eine so starke Position gegeben haben?

Die Sozialdemokratie hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß es die Aufgabe unserer Partei und unserer Regierung sein müßte, die Staatsmacht zu gemeinnützigen Maßnahmen im Kampfe gegen die Krise zu gebrauchen, zur Stützung der Wirtschaft und für die von der Krise betroffenen Familien.

Wir haben es nicht allein als unsere Aufgabe angesehen, die Krise zur *Agitation* gegen das kapitalistische System zu benutzen, sondern wir haben auch versucht, der Bevölkerung mit *positiver Arbeit* zu beweisen, *daß die Regulierung des Wirtschaftslebens durch die Gesellschaft eine Notwendigkeit ist, sowohl mit Rücksicht auf den einzelnen als auch auf das Wirtschaftsleben und die Gesellschaft.*

Wir haben die Kaufkraft der Bevölkerung aufrechterhalten. Wir haben Lohnherabsetzungen für die Staatsbeamten verhindert. Wir haben die Sozialgesetzgebung nicht nur aufrechterhalten, sondern wesentlich *verbessert*. Wir haben die Beschäftigung mit gewaltigen Millionenbeträgen für öffentliche Arbeiten gefördert. Wir haben vom selben Gesichtspunkt aus die von der Krise betroffenen Landwirte mit Steuererleichterungen, Zinserleichterungen und preisstabilisierenden und *preishebenden* Maßnahmen für landwirtschaftliche Produkte gestützt. Und wir haben die Nöte der Arbeitslosen mit großen Millionenbewilligungen gelindert.

Landwirtschafts- und Währungspolitik.

Es sind wesentliche Erleichterungen der Besitzsteuern für die Landwirte durchgeführt worden, jedoch mit der Maßgabe, daß diese Steuern sich automatisch wieder erhöhen, wenn der durchschnittliche Reinertrag der Landwirtschaft eine gewisse Grenze übersteigt.

Es wurde ein Vergleichsgesetz durchgeführt, wodurch der Staat 20 Millionen Kronen zur Verfügung stellte zur Abwicklung eines wesentlichen Teils der landwirtschaftlichen Verschuldung, durch *freiwilligen* Vergleich mit den Gläubigern, welche eine *persönliche Forderung* an den Schuldner hatten oder deren Pfand Sicherheit außerhalb eines gewissen Eigentumswertes hatte. Durchgehend haben die Gläu-

biger 30 Prozent bekommen können, aber ohne dieses Gesetz hätten sie sehr wahrscheinlich ihre ganzen Guthaben verloren.

Dieses Gesetzeswerk wurde später durch ein Gesetz erweitert, wonach ein besonderer Ausschuß einem von der Krise betroffenen Landwirte ein dreijähriges *Moratorium* geben kann. Die betreffende Schuld wird »eingefroren«, so daß sie in den drei Jahren weder verzinst noch amortisiert wird, wenn sich nicht die Konjunktur bessert. Eine solche Besserung hat stattgefunden, so daß seit dem Frühjahr 1934 20 Prozent der eingefrorenen Forderungen wieder verzinst werden müssen.

Für die mündelsicheren Anleihen, die innerhalb des Eigentumswertes durch Kredit- und Hypothekenvereinigungen, Sparkassen und ähnliche Institute gegeben waren, wurde die Möglichkeit einer Stundung der Zins- und Amortisationszahlungen für die Dauer von drei Zahlungsterminen, also von anderthalb Jahren, geschaffen.

Gleichzeitig mit diesen Hilfsmaßnahmen wurden eine Anzahl Gesetze durchgeführt zur *Regulierung der landwirtschaftlichen Produktion und deren Export*. Das war notwendig auf Grund der starken Einfuhrbegrenzung unserer Hauptmärkte England und Deutschland. Eine derartige Gesetzgebung ist durchgeführt für die Schweine-, Rinder-, Zucker- und Kartoffelmehlproduktion. Damit sind teilweise die Preise stabilisiert, teilweise die Produktion gesichert. Für die Zuckerproduktion allein handelt es sich um 8000 Landwirte und 10,000 bis 15,000 Fabrik- und Landarbeiter, deren Beschäftigung gesichert wurde. Durch das Gesetz wird das Verhältnis zwischen dem Gewinn des Landwirtes und der Fabrik und gleichzeitig der Verkaufspreis des Zuckers festgesetzt. Durch eine *Getreideabgabe* wurden die kornbauenden Landwirte gegen einen zerstörenden Dumpingimport gesichert, und mit einer *Abgabe auf Butter und Margarine* hat man den Landwirten einen Produktionspreis für die Butter, welche auf dem inländischen Markt verkauft wird, zu schaffen versucht. Ein Rückgang im Butterverbrauch hat jedoch der Absicht entgegengewirkt, so wie es der sozialdemokratische Landwirtschaftsminister voraussagte. Die Beiträge, welche Butter- und Kornabgabe einbringen, werden unter den Landwirten verteilt, mit besonderer Berücksichtigung der *kleinsten Landwirte*. Der Preis für »das tägliche Brot« — das dänische Roggenbrot — wurde *nicht* erhöht. Den Arbeitslosen wurde Margarine ohne Preiserhöhung gesichert, ebenso pro Woche eine gewisse Ration Gratis-Ochsenfleisch. Der gesamte Betrag der Margarineabgabe und ein Teil der Kornabgabe wurden außerdem zu Sonderunterstützungen für Arbeitslose benutzt.

Wegen der großen Abhängigkeit der dänischen Landwirtschaft vom englischen Markt — vier Fünftel ihres Exportes gehen nach England — mußte die dänische Krone im Herbst 1931 dem Sterling folgen. Der Preisfall und die Exportbegrenzungen riefen jedoch ständig stärkere Forderungen von seiten der Landwirtschaft nach einer weiteren Kronensenkung hervor. Die beiden Oppositionsparteien, die eine Mehrheit im Oberhaus haben, unterstützten, wenn auch mit verschiedenem Gewicht, diese Forderung. Teils, um in dieser Frage Ruhe zu schaffen,

teils, um der Landwirtschaft größere Kaufkraft auf dem heimischen Markt zu schaffen, erklärte sich unsere Partei im Januar 1933 bereit, eine weitere Kronensenkung durchzuführen (auf das nunmehrige Niveau gegenüber dem Sterling). *Gleichzeitig glückte es unserer Regierung dadurch, daß die Bauernpartei sich neutral verhielt, durch ein besonderes Gesetz eine Riesenaussperrung zu verhindern, welche die Arbeitgeber durchführen wollten, um eine zwanzigprozentige Lohnherabsetzung zu erreichen. Es glückte also durch Benutzung des politischen Einflusses, einen Angriff auf die bisherigen Lohnabkommen der Gewerkschaften abzuschlagen.* Die dänische Krone ist im Verhältnis zu den Goldvaluten um die Hälfte reduziert. Das Preisniveau ist jedoch *nicht* im selben Verhältnis gestiegen. Nimmt man die Preiszahl 1913 mit 100, so war die durchschnittliche Engros-Preiszahl im September 1931 gleich 109 und im September 1934 gleich 135. Davon Verbrauchswaren gleich 155 (Lebensmittel gleich 129, andere Waren gleich 196), Importwaren gleich 141, Exportwaren gleich 119, Waren auf dem Binnenmarkt gleich 136.

Die *Detail*preiszahl war im September 1931 gleich 154 und im September 1934 gleich 166.

Die Sozialdemokratie hat behauptet, daß es, um der Landwirtschaft für die Zukunft eine solidere Grundlage zu schaffen und im übrigen auch im Interesse anderer Wirtschaftszweige notwendig sei, eine effektive *Zinsen- und Schuldensenkung* durchzuführen. *Unter den veränderten Bedingungen müßte das Kapital sein Opfer bringen im Interesse der produktiven Arbeit.* Als erster Schritt wurde eine bedeutende Herabsetzung der Einlagenzinsen in Banken und Sparkassen durchgeführt mit darauffolgender Herabsetzung der Darlehenszinsen. Für die auf staatlichem Grund angesiedelten Kleinbauern (Statshusmand) wurde ein Gesetz durchgeführt, *wonach die jährlichen Abgaben dieser Kleinbauern abhängig gemacht wurden von der Konjunktur.* Dieses Gesetz hat während der Krise einen sehr wesentlichen Vorteil für die Kleinbauern bedeutet und ist auch *prinzipiell* ein Fortschritt.

Aber darüber hinaus ist der erste Schritt zu einer *allgemeinen Konvertierung der Obligationsanleihen*, welche durch Kredit- und Hypothekenvereinigungen mit Sicherheit im festen Eigentum gegeben wurden, gemacht worden. Mit einem großzügigen Gesetzesvorschlag hat die Regierung im Sommer versucht, diese Konvertierung von Grund auf durchzuführen. Der Gesetzesvorschlag umfaßte: 1. einen einstweiligen *Zinszuschuß* zur augenblicklichen Hilfe; 2. Vergleichsbestimmungen zur Abwicklung der »außerordentlichen« Schulden; 3. Konvertierung der Anleihen der Kredit- und Hypothekenvereinigungen, mit dem Ziel, deren Zinsen auf höchstens 4 Prozent herabzusetzen. Die Regierung will ihre Bestrebungen, eine solche Schuldenanierung durchzuführen, fortsetzen. *Der Plan hat unter den Landwirten starke Zustimmung gefunden und dazu beigetragen, ihnen die Augen dafür zu öffnen, daß nicht der Sozialismus, sondern vielmehr der Kapitalismus eine Gefahr für die Arbeit der Landwirtschaft ist.*

Der landwirtschaftliche Zinsertrag, der 1931/32 negativ war, ist durch die Politik unserer Regierung wieder positiv geworden und 1933/34 sogar auf 3,5 Prozent gestiegen.

Arbeitsbeschaffung und Sozialpolitik.

Infolge der großen Bedeutung, die die Kaufkraft der Landwirtschaft für Handwerk und Industrie unseres Landes hat, ist es außer jedem Zweifel, daß die in Dänemark durchgeführte Landwirtschaftspolitik auch von großer Bedeutung für die erfolgte Verminderung der Arbeitslosigkeit ist. Aber die Regierung hat selbstverständlich auch direkt den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit aufgenommen. Die hier durchgeführten Maßnahmen sind von ebenso eingreifender Bedeutung. Aber eine Uebersicht über diese kann in einer mehr summarischen Form gegeben werden:

- für Staatsarbeiten (darunter Staatsbauten, Modernisierung des Materials der Staatsbahnen, in erster Linie der Drittklaßwagen und Elektrifizierung) sind im Etat in diesen Jahren über 200 Millionen Kronen bewilligt;
- zu Straßenanlagen und Straßenumbauten über 100 Millionen;
- zur Modernisierung der Privatbahnen und zu großen Brückenarbeiten etwa 60 Millionen;
- zur Unterstützung des Wohnungsbaus und Anleihen für kommunale Arbeiten über 60 Millionen;
- für Meliorationen 12 Millionen Kronen, in gleicher Weise zum Vorteil für die Landwirtschaft und für Tausende von Arbeitern auf dem Lande.

Durch die Initiative der sozialdemokratischen Regierung ist auf diesen Wegen also über eine halbe Milliarde Kronen für produktive Arbeit zur Verfügung gestellt worden. Da aber einige dieser Beträge nur eine gewisse Unterstützung von Arbeiten bedeuten, die von Privaten oder von Kommunen in Gang gesetzt wurden, zum Beispiel der Wohnungsbau, ist der Betrag, wofür Arbeit geschaffen wurde, bedeutend höher als die halbe Milliarde!

Zur Förderung der Kleinbauernsiedlung (Statshusmand) wurden 1933 weitere 12 Millionen Kronen bewilligt. Als Betriebsanleihen für in Schwierigkeiten befindliche Handwerker, Geschäftsleute und Fischer wurden ebenfalls über 10 Millionen Kronen bewilligt.

Mit dieser positiven Politik wurde Arbeit und Verdienst für Zehntausende von Arbeiter- und Mittelstandsfamilien, sowohl in der Stadt wie auf dem Lande, geschaffen. Die große Schlacht gegen die Krise und Arbeitslosigkeit fand im Januar 1933 statt, als sich die Bauernpartei »Venstre« (die »Linke«) mit der Regierung über die meisten der hier geschilderten Maßnahmen zugunsten der Landwirtschaft wie auch zugunsten der Stadtbewohner einigte. *Die Wirkungen zeigten sich auch: die Arbeitslosigkeit, die im Januar 1933 43,5 Prozent betragen hatte, fiel auf 20,9 Prozent im September 1933. Im ganzen gesehen,*

fiel die Arbeitslosigkeit von 200,000 im Januar 1933 auf 80,000 im September! In dem bisherigen Verlauf des Jahres 1934 ist die Arbeitslosigkeit noch tiefer gesunken. Sie betrug im Januar 1934 gleich 34,4 Prozent, im April 21,6 Prozent (28,6), im Juni 15,5 Prozent (21,9), im September 16,9 Prozent (20,9). Die Zahlen in Parenthese zeigen die Vergleichsziffern im betreffenden Monat des Jahres 1933.

Aber auch die Verhältnisse der Arbeitslosen wurden nicht vergessen. *Dänemark hat eine gute Arbeitslosenversicherung, die im Jahre 1932 noch verbessert wurde!* Die lang anhaltende Arbeitslosigkeit machte indessen besondere Staatsbewilligungen notwendig, damit die Arbeitslosen nicht, nachdem sie ihren Versicherungsbetrag aufgebraucht hatten, von dem guten Willen oder der wirtschaftlichen Kraft der einzelnen Kommunen abhängig wurden. Die Regierung hat keine Gelegenheit vorübergehen lassen, ohne die Interessen der Arbeitslosen wahrzunehmen. *So gelang es in den letzten drei Jahren, durch besondere Gesetze 130 Millionen Kronen als Sonderhilfe für die langfristig Arbeitslosen bereitzustellen — also über das hinaus, was die ordentliche Versicherung leistete!*

Gleichzeitig gelang es, bei dem großen Abkommen mit der Bauernpartei im Januar 1933 eine großartige Modernisierung durchzuführen und *auf vielen Gebieten bedeutende Verbesserungen der gesamten Sozialgesetzgebung* (Altersrente, Kranken- und Invalidenversicherung, Witwenunterstützung, Kinderfürsorge, kommunale Wohlfahrtspflege usw.) zu erreichen.

Faschismus oder Demokratie.

Sowohl die dänische Arbeiterklasse als auch die dänische Bevölkerung in ihrer Gesamtheit haben jene maßlosen Bewegungen, deren Ziel es ist, die Demokratie zu vernichten, abgewiesen. Die Kommunisten haben nur geringen Anhang (bei der letzten Wahl 17,000 Stimmen gegenüber 660,000 der Sozialdemokratie). Aber sowohl die Kommunisten als die vier oder fünf sich untereinander streitenden Nazigruppen spekulieren rücksichtslos auf die Wirkungen der kapitalistischen Krise. Die Sozialdemokratie wird — unverrückbar auf dem Boden der Demokratie stehend — jede Art von Desperation dauernd bekämpfen. *Wir haben es getan durch unsere positive Wirtschaftspolitik. Wir werden damit fortsetzen, und wir werden ständig arbeiten für eine mehr und mehr aktionsfähige Demokratie, die die großen wirtschaftlichen und sozialen Probleme der Zeit anpackt, um sie zu lösen.*

Es wurden auch Gesetze durchgeführt, deren Zweck es ist, solche Bestrebungen zu bekämpfen, die Gewalt und Terror im politischen Kampf anwenden wollen, wie es sowohl von kommunistischer als von nazistischer Seite geschieht. *Politische Uniformen sind verboten.* Es wurde weiter ein Gesetz durchgeführt, das den *Waffenbesitz* regelt, und ein weiteres, das *Vereinigungen oder Korps verbietet*, die durch ungesetzliche Machtanwendung Einfluß auf politische oder öffentliche Angelegenheiten ausüben wollen. Eine solche Absicht wird besonders

als vorliegend erachtet bei Ausrüstung mit Waffen oder ähnlichen Instrumenten, bei militärähnlicher Organisation und bei Veranstaltung militärischer Uebungen. *Diese Gesetzgebung zum Schutze der Demokratie, an der die Bauernpartei mitgewirkt hat, während die Kommunisten und Konservativen in brüderlicher Vereinigung dagegen stimmten, ist in allen Teilen der dänischen Bevölkerung mit Zufriedenheit begrüßt worden.*

Es ist für die Arbeiterklasse und andere wirtschaftlich Schwache ein Glück gewesen, daß sie durch dauernd steigenden Anschluß an die Sozialdemokratie sich einen so großen Einfluß auf die politischen Entscheidungen in diesen Jahren gesichert haben. Wohl ist die Krise nicht spurlos an unserem Lande vorübergegangen. *Aber es ist eine Tatsache, daß es nur wenige Länder gibt, in denen die Bevölkerung so glimpflich durch die Wirkungen der Krise gekommen ist wie in Dänemark.*

Unter Hinweis auf die hier gegebene Darstellung darf ich sagen, *daß das kein Zufall ist.* Daß die Bevölkerung das verstanden hat, geht daraus hervor, daß die Mitgliederzahl der Sozialdemokratie während den fünfeinhalb Jahren der Regierungsverantwortung der Partei ununterbrochen gestiegen ist, so daß die Partei nun beinahe 200,000 Mitglieder zählt.

Holländische Krise

Von H. V o s , Amsterdam.

Für die wirtschaftlichen Verhältnisse Hollands sind die folgenden Zahlen wichtig:

Bevölkerung:	31. Dezember 1909	5,86 Millionen
	31. Dezember 1920	6,87 Millionen
	31. Dezember 1930	7,94 Millionen
	31. Dezember 1933	± 8,30 Millionen

Der Zuwachs beträgt also jährlich stetig ± 110,000 Köpfe und läßt bis heute nur wenig nach.

Von den 8 Millionen waren am 31. Dezember 1930 berufsmäßig beschäftigt 3,2 Millionen. Die industriellen Betriebe nehmen (von der ganzen berufsmäßig beschäftigten Bevölkerung) nach den letzten Zahlen (1930) 40 Prozent auf. (Baubetriebe 8 Prozent, Textil und Kleidung 7 Prozent, Metallgewerbe und Schiffsbau 7,5 Prozent und Nahrungsmittelbetriebe 7 Prozent.) Es arbeiten 21 Prozent in den Agrarbetrieben, 22 Prozent in Handel und Verkehr, 1,5 Prozent in Kredit-, Bank- und Versicherungsgeschäften, 7,5 Prozent der Arbeitenden ist Hauspersonal, die übrigen 8,3 Prozent sind beschäftigt in den freien Berufen, Unterricht und Gottesdienst. Die Agrarwirtschaft nimmt an Bedeutung relativ ab. Handel, Verkehr und Industrie wachsen.

Wie stark die Krise auch in Holland wirkt, zeigen die Prozent-